

Zeitschrift: Appenzeller Kalender

Band: 280 (2001)

Artikel: Blick in die Welt

Autor: Bührer, Walter

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-377160>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 29.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Blick in die Welt

WALTER BÜHRER, TROGEN

Nie zuvor hat die Menschheit einen Jahreswechsel so überchwänglich zelebriert wie den «Millenniumssprung». Und nie zuvor hat sie so gebannt auf eine Zahl – 2000 – gestarrt wie an der Neige des Jahres 1999. Zwar waren Physiker und Mathematiker der Meinung, das neue Jahrtausend beginne erst 12 Monate später. Ausserdem entsprach der Datumswechsel bloss christlicher Zeitrechnung: Moslems standen im Jahr 1377, Juden im Jahr 5760, und für Buddhisten begann das Jahr des Drachens erst im Februar. Trotzdem wurde das Millennium rund um den Erdball begangen – weil unsere christlich-abendländische Zivilisation, unser Kalender und westliche Computer-Netzwerke mehr denn je tonangebend sind. Erdumspannend waren auch die Ängste: Weltweit sorgte man sich um das Funktionieren der EDV-Anlagen. Milliarden wurden aufgewendet, Zehntausende standen in der Neujahrsnacht im Einsatz, um einen reibungslosen Übergang zu gewährleisten. Nirgends kam es zwar zu grösseren Zwischenfällen; doch erinnerte das «Jahr-2000-Problem» daran, wie verletzlich unsere Welt durch Vernetzung und Hochtechnisierung geworden war.

Als sich 1903 die ersten Menschen, die Brüder Orville und



*Weltweit wurde das «Millennium» mit einem Riesenaufwand gefeiert.
(Bilder: Keystone)*

Wilbur Wright, mit einem motorisierten Flugzeug wenige Meter über den Boden tragen liessen, wagte niemand daran zu denken, dass noch im selben Jahrhundert mit der grössten Selbstverständlichkeit zu Missionen ins All aufgebrochen würde. Und als dem Italiener Guglielmo Marconi 1901 erstmals die drahtlose Nachrichtenübertragung über den Nordatlantik gelang, war niemand in der Lage, die revolutionäre Entwicklung der Telekommunikation, der Ton- und der Bildmedien, vorherzusagen. Mit dem Überwinden räumlicher Distanzen einher ging eine

beispiellose Wissensvermehrung. Die Revolution im Informatik- und Telekommunikationsbereich macht es möglich, dass innert Sekunden Milliardensummen von einem Wirtschaftsraum zum andern verschoben werden können. Eine zunehmend globalisierte Wirtschaft sprengt immer mehr den Rahmen der nationalen Volkswirtschaften.

Globaler Wettbewerb

Noch lassen sich die langfristigen Konsequenzen der technologischen und wirtschaftlichen Um-



Rund 30 000 Menschen aus aller Welt protestierten in Seattle – anlässlich der WTO-Konferenz – gegen negative Auswirkungen der Globalisierung. Dabei kam es auch zu gewalttätigen Ausschreitungen.

wälzungen, die seit den achtziger Jahren im Gange sind, nicht abschätzen. Dass sie Gesellschaften und Staaten stärker prägen als jede andere Entwicklung seit der industriellen Revolution, ist heute schon offenbar. Nie zuvor hat der Mensch vor allem in den industrialisierten Ländern weniger arbeiten müssen, um seine Existenz zu sichern. Allein im letzten Jahrhundert hat sich die Wochenarbeitszeit um ein gutes Drittel verringert. Auch die Arbeit selbst hat ihren Charakter verändert. Die Versorgung mit landwirtschaftlichen Gütern liegt in den Händen von nur

noch wenigen Prozenten der Bevölkerung. Die Maschinenindustrie mit ihren kräftezehrenden Arbeitsplätzen verliert zunehmend an Bedeutung. Dafür sind im Dienstleistungssektor und im Kommunikationsbereich zahlreiche neue Arbeitsplätze entstanden. «Das Phänomen, das wir Globalisierung nennen», schrieb der frühere deutsche Bundeskanzler Helmut Schmidt Ende 1999, «wird zwar im nächsten Jahrhundert seine Krisen, seine Hochs und Tiefs erleben. Aber die Globalität des technologischen Fortschritts wird eine entscheidende Rah-

menbedingung des nächsten Jahrhunderts sein; und das Internet könnte eine globale zivilisatorische Umwälzung bewirken. Auf alle Fälle werden die alten Industriestaaten Europas einem globalen Wettbewerb um Arbeitsplätze ausgesetzt sein.»

Dass diese Entwicklung nicht nur Zustimmung auslöst, liegt auf der Hand. Weitherum wird die Globalisierung als Bedrohung für Arbeitsplätze, Arbeitnehmer-Interessen, traditionelle Wirtschaftssysteme, Landwirtschaft und Umwelt empfunden. Gewerkschaften und Entwicklungsorganisationen kritisieren,

dass die Globalisierung den Graben zwischen reichen und armen Ländern, aber auch das Einkommensgefälle zwischen Reichen und Armen in den einzelnen Ländern vertiefe. Gefordert wird eine bessere Verteilung der Wachstumsgewinne. Widerstand zieht namentlich die WTO, die World Trade Organization, auf sich. Am Rande der WTO-Konferenz in Seattle im Dezember 1999 kam es zu teilweise gewaltsamen Ausschreitungen. Mehr als 30 000 Demonstranten waren in der Hafenstadt am Pazifik zusammengeströmt; an die 500 Organisationen hatten nicht zuletzt über das Internet zu Kundgebungen aufgerufen. Sie machten deutlich, dass künftig nicht nur mit einer weiteren Globalisierung der Wirtschaft, sondern auch mit einer Globalisierung des Protestes zu rechnen sei.

Kosovo als Beispiel?

Auf der weltpolitischen Ebene blieben die USA unangefochten die mächtigste Macht. Der er-

folgreiche Ausgang des Kosovo-Krieges unterstrich ihre Fähigkeit, einen Aggressor gegebenenfalls ohne den Segen der UNO in die Schranken zu weisen. Anders als in Kuwait standen in Kosovo keine wirtschaftlichen Interessen auf dem Spiel. Die weltweite Empörung über das gewaltsame Vorgehen serbischer Milizen gegen die albanische Bevölkerung des Kosovos sicherte dem Vorgehen gegen das Milosevic-Regime aber in Amerika wie auch in Europa den nötigen innenpolitischen Rückhalt. Hinzu kam, dass dieser Krieg ausschliesslich aus der Luft geführt wurde und damit keine eigenen Opfer forderte. Auch für die Nato resultierte ein Glaubwürdigkeitgewinn: Erstmals in ihrer 50-jährigen Geschichte führte die atlantische Verteidigungsallianz einen Krieg; bis zuletzt blieben die europäischen Verbündeten der USA – selbst traditionell mit Serbien befreundete Länder wie Frankreich und Griechenland – bei der Stange. Der UNO-Sicherheitsrat sanktionierte das Vorgehen gegen das Milosevic-Regime

erst im Nachhinein. In Kosovo wurde eine UNO-Verwaltung unter dem Franzosen Bernard Kouchner eingesetzt. UNO-Truppen, unter ihnen auch eine schweizerische Kompanie, sorgten für Sicherheit und Wiederaufbau. Allerdings erwies sich rasch, dass eine Befriedung ange-sichts des Hasses zwischen der albanischen und der serbischen Volksgruppe wohl Jahre in An-spruch nehmen würde. Die UNO-Einheiten schafften je-doch Voraussetzungen, um die aus Kosovo geflüchteten Men-schen sukzessive in ihre Heimat zurückzuführen. Seitens der Na-to-Staaten wurde die Kosovo-In-tervention als abschreckendes Exempel für Diktatoren vom Schlag eines Milosevic darge-stellt. Trotz des verlorenen Krie-ges und trotz verbreiteter Protes-ten in Serbien geriet das Regime in Belgrad indessen nicht in Be-drängnis.

Gewaltsame Konflikte

Auch in Indonesien kam die UNO zum Zug. 1976 hatte das



SCHMITT
Natursteinarbeiten

ROLAND E. SCHMITT AG
SCHMITT NATURSTEINWERK AG

ST.GALLEN
HERISAU

Ebnat-Kappel
Grabmalkunst

Ihr Partner für Natursteinarbeiten

St.Gallen
071/222 59 11

Büro Herisau
071/352 41 11



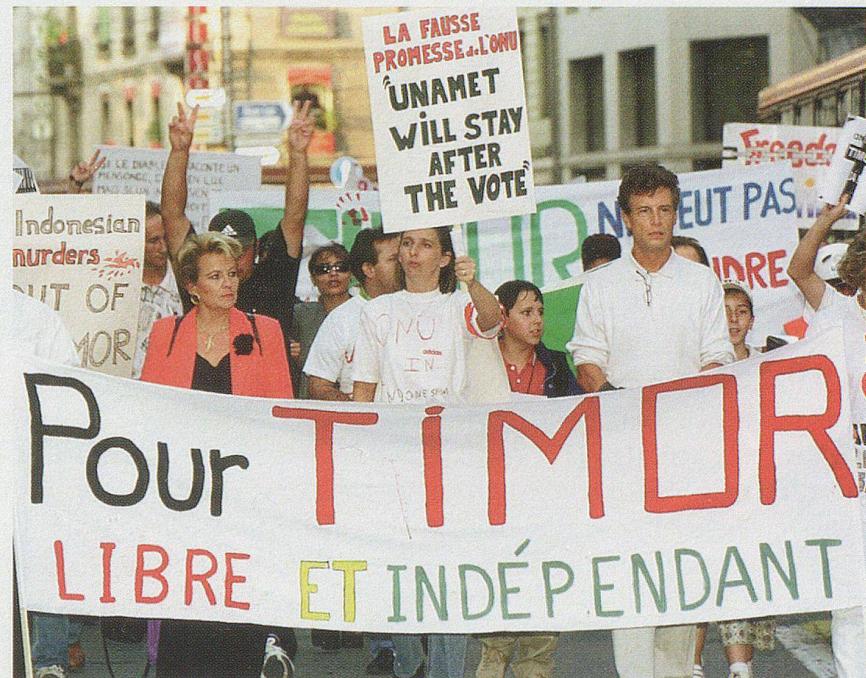
Für Gesundheit und Schönheit

peterer
DROGERIE AG

- 9220 Bischofszell Poststr. 12, M-Center Tel. 071-422 27 41
- 9230 Flawil Bahnhofstr. 5 Tel. 071-394 60 30
- 9240 Uzwil Wattstr. 1, Coop-Center Tel. 071-952 79 30

Land unter General Suharto die frühere portugiesische Kolonie Ost-Timor gegen den Willen der betroffenen Bevölkerung annexiert. In den folgenden Jahren verloren Zehntausende von Timoresen ihr Leben bei Guerillakämpfen und bei Hungersnöten. Bewegung in die Ost-Timor-Frage kam nach dem Sturz des Suharto-Regimes im Mai 1998. Dessen Nachfolger B. J. Habibi willigte ein, in der Unruheprovinz ein Referendum über eine Trennung von Indonesien abzuhalten. Die von der UNO überwachte Abstimmung ergab im August 1999 eine überwältigende Mehrheit (78,5 %) zugunsten der Unabhängigkeit. In der Folge revoltierten pro-indonesische Milizen und entfesselten eine Welle der Gewalt. Zehntausende von Timoresen flüchteten in die Berge oder ins benachbarte West-Timor. Mit Zustimmung des UNO-Sicherheitsrates landete schliesslich eine von Australien angeführte Friedenstruppe und übernahm die Verwaltung in Ost-Timor. Faktisch wurde Ost-Timor, wie Kosovo, ein Protektorat der UNO. – Indonesien sah sich ausserdem mit blutigen Auseinandersetzungen auf den Molukken und in Aceh im Norden Sumatras konfrontiert.

Schwierig gestaltete sich die Situation auch im afrikanischen Kleinstaat Sierra Leone. Vergeblich bemühte sich dort eine aus Afrikanern und Asiaten zusammengesetzte UNO-Friedenstruppe um die Beendigung des seit acht Jahren dauernden Bür-



Etwa 150 Personen, zum grossen Teil Portugiesinnen und Portugiesen, haben am Freitag, 17. September 1999, in Genf mit einem Protestmarsch den Rückzug der indonesischen Armee aus Ost-Timor gefordert.

gerkriegs. – Ein weiterer bewaffneter Konflikt entspann sich im Osten des afrikanischen Kontinents, zwischen Äthiopien und Eritrea. Anlass bildete ein Streit um einen 1000 Kilometer langen Grenzstreifen nahe der eritreischen Hafenstadt Assab. Das hauptsächlich von Moslems bewohnte Eritrea hatte 1993 nach einem langen Bürgerkrieg seine Unabhängigkeit von Äthiopien erkämpft. Zu einem dauerhaften Frieden kam es jedoch nicht: Im Juni 1999 und im Mai 2000 flammten erneut Kämpfe auf, die schliesslich zu einer weitgehenden Niederlage der Eritreer führten. – Auf der Insel Sri Lanka eroberten Rebellen der Liberation Tigers of Tamil Eelam (LTTE) im April 2000 nach wo-

chenlangen Kämpfen den strategisch wichtigen Elefantenpass zurück, der die Halbinsel Jaffna mit der Hauptinsel verbindet. Der 17 Jahre dauernde Guerillakrieg, den die LTTE für einen von den Singhalesen unabhängigen tamilischen Staat im Nordosten Sri Lankas führen, hat bisher über 60 000 Menschenleben gefordert.

Machablösung in Moskau

Blut floss auch in Tschetschenien. Die von Russland abtrünnige Kaukasus-Republik hatte seit 1996 eine De-facto-Unabhängigkeit genossen, nachdem russische Truppen vergeblich den Widerstand islamischer Rebellen zu brechen versucht hat-

ten. Im September 1999 wurde die russische Armee erneut nach Tschetschenien entsandt. Russische Politiker beschuldigten die Rebellen, wiederholt in die Nachbarrepublik Dagestan eingedrungen zu sein. Auch hinter einer Serie von Bombenanschlägen, denen im September in mehreren russischen Städten an die 300 Menschen zum Opfer fielen, wurden tschetschenische Terroristen vermutet. Die russische Intervention, die von Luftschlägen eingeleitet wurde, zielte von Anfang an auf die Eroberung der Hauptstadt Grozny; doch lieferten die Tschetschenen, die sich in Grozny verschanzt hatten, den vorrückenden Russen erbitterte Strassenkämpfe. Erst Anfang Februar, vier Monate nach Beginn der Offensive, errang die russische Armee die Kontrolle über die Stadt, in der vorher über 400 000 Menschen gelebt hatten. Der Krieg war damit aber noch nicht beendet: Die tschetschenischen Rebellen verlegten sich auf Guerillaüberfälle und setzten den russischen Besatzern schwer zu. Ende Mai musste das russische Oberkommando bekanntgeben, dass bereits über 2200 Soldaten den Tod gefunden hatten. Trotz dieses Blutzolls genoss der Tschetschenien-Krieg in der russischen Bevölkerung starken Rückhalt.

Treibende Kraft war Wladimir Putin. Präsident Boris Jeltsin hatte den 46-jährigen ehemaligen Geheimdienstmann am 9. August an die Spitze der russischen Regierung gerufen.



Wechsel im Präsidentenamt: Am 31. Dezember 1999 übergab Boris Jeltsin die Amtsgeschäfte Wladimir Putin. Am 26. März 2000 siegte Putin bei den Präsidentschaftswahlen erwartungsgemäß im ersten Wahlgang.

Gleichzeitig hatte Jeltsin Putin als seinen Wunschkandidaten für die Nachfolge im Präsidentenamt bezeichnet. An seinem ersten Amtstag, am 11. August, versprach der neue russische Regierungschef, die Krise um Dagestan und Tschetschenien «in kürzester Zeit» zu lösen. Obwohl sich der Krieg in die Länge zog, stieg Putins Popularität. In einem Überraschungscoup kündigte Jeltsin am 31. Dezember seinen sofortigen Rücktritt vom Präsidentenamt an und setzte Putin als geschäftsführenden Präsidenten ein. Dieser seinerseits gewährte Jeltsin und dessen Familie Immunität vor Strafverfolgung; die Präsidentenfamilie war in den vergangenen Jahren wiederholt wegen unsauberer Geschäfte ins Zwielicht geraten.

Erwartungsgemäß gewann Putin die Präsidentenwahlen vom 26. März; zum ersten Mal in der russischen Geschichte vollzog sich der Wechsel an der Staats-

spitze auf absolut demokratische Weise: Putin erhielt 53 Prozent der Stimmen (mindestens 50 Prozent waren im ersten Wahlgang nötig), Kommunistenchef Gennadi Zyuganow kam auf 29 Prozent. 69 Prozent der 108 Millionen Wahlberechtigten beteiligten sich am Urnengang, der von Beobachtern als frei und fair bezeichnet wurde. Seine Fähigkeit, effizient zu regieren, unterstrich Putin, indem er wenige Tage nach der Wahl das SALT-II-Abkommen mit den USA – das seit 1993 von Moskau schubladiert worden war – durch das Parlament ratifizieren liess.

Historische Taiwan-Wahl

Anders als Russland machte China keine Fortschritte auf dem Weg zu Demokratisierung und Liberalisierung. Im Gegenteil: Während sich Berichte über Korruptionsfälle und Ungleichgewichte in der wirtschaftlichen

Entwicklung häuften, zog das Regime auf politischer Ebene die Schrauben an: Gegen Andersdenkende wurde hart vorgegangen. Der Bannstrahl des Regimes traf insbesondere die Falun-Gong-Bewegung, eine Sekte, der angeblich Millionen von Chinesen bis weit in den Staatsapparat hinein huldigten. Mit exemplarischen Prozessen und Hinrichtungen versuchte Peking überdies der um sich greifenden Kriminalität Herr zu werden. Auch die Taiwan-Frage bot sich als Ventil an: Nachdem der taiwanische Präsident Lee Teng-hui in

einem Interview den Inselstaat als faktisch unabhängig bezeichnet hatte, reagierte Peking mit wochenlangem Säbelrasseln. Auch die Präsidentenwahl auf Taiwan am 18. März 2000 versuchte das chinesische Regime mit der ominösen Drohung einer Invasion zu beeinflussen. Die Taiwaner liessen sich jedoch nicht einschüchtern, sondern wählten den Oppositionskandidaten Chen Shui-bian von der Democratic Progressive Party (DPP). Chen setzte sich gegen den offiziellen Kuomintang-Kandidaten sowie gegen einen

unabhängigen Bewerber durch. Für die seit mehr als 50 Jahren regierende Kuomintang bedeutete die Nichtwahl ihres Kandidaten eine herbe Schlappe, für Taiwan – und für China – jedoch ein historisches Ereignis: Erstmals in der chinesischen Geschichte fand ein demokratischer Wechsel an der Staatsspitze statt. Obschon Chen und seine Partei bisher für die Unabhängigkeit des Inselstaates eingetreten waren, hielt sich der neue Präsident in seinen ersten Äusserungen klug zurück, was auch die Volksrepublik zu verbaler Mässigung veranlasste. – Tauwetter auch auf der koreanischen Halbinsel: Überraschend kündigten die Präsidenten Nord- und Südkoreas an, sich zu direkten Gesprächen treffen zu wollen.



In einem einseitigen Schritt zog Israel Ende Mai 2000 seine Truppen aus der Sicherheitszone im Süden Libanons zurück.

Bewegung im Nahen Osten

Bewegung auch im Nahen Osten: Am 6. Juli 1999 übernahm der neu gewählte Regierungschef Ehud Barak an der Spitze einer Sieben-Parteien-Koalition die Regierungs geschäfte. Nach den Jahren der Stagnation im Friedensprozess während der Ära Netanyahu kamen die Verhandlungen mit den Palästinensern langsam wieder in Fluss: Am 4. September unterschrieben Barak und Yassir Arafat in Sharm-el-Sheik eine Abkommen, das den Weg zu einem definitiven Friedensvertrag zwischen Israel und Palästina ebnen sollte. Am 16. Dezember kündig-



Nach dem Rücktritt des CDU-Vorsitzenden Wolfgang Schäuble als Folge der Parteispendenaffäre in Deutschland wurde Angela Merkel zur neuen CDU-Chefin gewählt.

ten Israel und Syrien an, die seit 1996 unterbrochenen Verhandlungen wieder aufzunehmen. Direkte Gespräche in der amerikanischen Stadt Shepherdstown Anfang Januar scheiterten jedoch an der Unvereinbarkeit der Standpunkte bezüglich der Rückgabe der Golan-Höhen. In einem einseitigen Schritt zog Israel Ende Mai seine Truppen aus Südlibanon zurück. Milizionäre der radikal-islamischen Hisbollah übernahmen umgehend die Kontrolle über den Grenzreich, den die Israelis seit 22 Jahren zusammen mit der maronitischen SLA-Miliz kontrolliert hatte.

Ungewiss blieben die Aussichten, den Nordirland-Konflikt nach fast 30 Jahren Bürgerkrieg zu lösen. Das Friedensabkommen vom April 1998 ebnete zwar den Weg zur Bildung einer Provinzregierung unter Einbezug aller wichtigen politischen Kräfte; diese nahm ihre Arbeit im November 1999 auf. Die Ulster Unionist Party (UUP), die stärkste protestantische Partei, machte ihre Teilnahme jedoch davon abhängig, dass die IRA bis zum 31. Januar glaubwürdige Schritte auf dem Weg zu einer Entwaffnung machen würde. Als dies nicht geschah und die UUP ihren Rückzug ankündigte, sus-

pendierte London die nordirische Provinzregierung.

Parteispendenaffäre in Deutschland

Turbulenzen auch in Deutschland: Bereits im Jahr nach der Ablösung der CDU/CSU/FDP-Koalition unter Helmut Kohl geriet die neue Regierung aus Sozialdemokraten und Grünen in ernsthafte Schwierigkeiten. Bei Landtagswahlen erlitten SPD und Grüne eine Reihe schmerzhafter Niederlagen. Die Wende kam im November 1999: Der wegen Steuerhinterziehung angeklagte CDU-Schatzmeister Wal-

ter Leisler Kiep löste mit seinen Aussagen einen in der Geschichte der Bundesrepublik einzigartigen Politskandal aus. Sukzessive kamen in den darauf folgenden Wochen illegale Schwarzgeldkonten und anonyme Parteispenden an die CDU zum Vorschein. Am 3. Januar 2000 eröffnete die Staatsanwaltschaft ein Ermittlungsverfahren gegen Altkanzler Helmut Kohl. Dieser weigerte sich jedoch standhaft, die Namen der Geldspender bekannt zu geben, legte indessen am 18. Januar seinen Ehrenvorsitz der CDU nieder. CDU-Parteichef Wolfgang Schäuble entschuldigte sich zwei Tage später vor dem Bundestag für sein eigenes Fehlverhalten und das seiner Partei. Trotzdem geriet auch er in den Strudel der Parteispendenaffäre und musste als CDU-Vorsitzender zurücktreten. Als Nachfolgerin wurde Angela Merkel gewählt; die aus Ostdeutschland stammende CDU-Generalsekretärin und ehemalige Familienministerin schien am ehesten Voraussetzungen für einen Neuanfang mitzubringen.

Innenpolitischer Rückblick

Die Schweiz blieb auch an der Schwelle zum dritten Jahrtausend ein Sonderfall. Doch nach Jahren selbstverursachter Isolierung gelang endlich ein Schritt der Annäherung an die europäische Staatengemeinschaft: Am 21. Mai 2000 stimmte das Schweizer Volk den bilateralen

Verträgen mit der EU mit einem Ja-Stimmenanteil von 67,2 Prozent zu. Das unerwartet deutliche Ergebnis bedeutete einen Meilenstein. Siebeneinhalb Jahre zuvor war das EWR-Abkommen in der Volksabstimmung gescheitert. In mühsamen, wiederholt vom Scheitern bedrohten Verhandlungen war schliesslich Ende 1998 eine Einigung in den sieben Verhandlungsdossiers zustandegekommen. Innenpolitisch waren die Verträge vor allem wegen des erwarteten zusätzlichen Lastwagen-Transitverkehrs und wegen des freien Personenverkehrs umstritten. In den parlamentarischen Verhandlungen – sie konnten rechtzeitig vor den Neuwahlen im Oktober 1999 abgeschlossen werden – gelang es aber in allen strittigen Punkten Kompromisslösungen zu finden: Im Verkehrsbereich wurde eine Reduktion des alpenquerenden Verkehrs auf jährlich 650 000 Fahrten beschlossen. Dieses Ziel soll zwei Jahre nach Eröffnung des Lötschberg-Basistunnels, also im Jahr 2009, erreicht werden. Mit dieser verbindlichen Vorgabe konnte der Widerstand von Umweltverbänden gebannt werden. Auch die Gewerkschaften setzten sich mit ihren Forderungen durch: Zum Schutz vor Lohndumping können die Behörden Normalarbeitsverträge erlassen, wenn innerhalb einer Branche die orts-, berufs- und branchenüblichen Löhne wiederholt in missbräuchlicher Weise unterboten werden. Schliesslich kam

das Parlament auch den Begehren der SVP entgegen, indem das Volk sieben Jahre nach Inkrafttreten der Verträge entscheiden kann, ob die Grenzen für Arbeitskräfte aus dem EU-Raum definitiv offen bleiben. Nach einem Hin und Her gab die SVP bekannt, sich an einem Referendum nicht beteiligen zu wollen. Die Schweizer Demokraten und einige kleinere Gruppen vorwiegend vom rechten Rand des politischen Spektrums blieben mit ihrer Opposition gegen die bilateralen Verträge allein.

Das überaus deutliche Abstimmungsergebnis gab, nicht unerwartet, den Befürwortern eines raschen EU-Beitritts Auftrieb. Vor allem an der Initiative «Ja zu Europa», welche die «unverzügliche» Aufnahme von Beitrittsverhandlungen forderte, schieden sich die Meinungen. Während die SP der Initiative zustimmte, standen ihr die bürgerlichen Parteien skeptisch bis ablehnend gegenüber. Der Bundesrat hielt zwar unbeirrt am Ziel eines EU-Beitritts fest, wollte sich jedoch nicht auf einen Zeitpunkt für die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen festlegen. In zeitlicher Hinsicht räumte Aussenminister Joseph Deiss einem UNO-Beitritt den Vorrang ein.

Flüchtlingsproblem

Die Folgen ihres internationalen Abseitsstehens bekam die Schweiz während der Kosovo-Krise zu spüren: Schon 1998 war die Zahl neuer Asylgesuche auf



Während des Kosovo-Konflikts entsandte die Schweiz ein Detachement mit Superpuma-Helikoptern, um in Albanien Transporte zugunsten der Flüchtlinge auszuführen.



Am 21. Mai 2000 billigte das Schweizer Volk mit 67,2 Prozent Ja-Stimmen die bilateralen Abkommen mit der EU. Entsprechend freudig kommentierten die Bundesräte Pascal Couchebin und Joseph Deiss das Ergebnis.

über 40 000 hochgeschnellt, und 1999 wurde eine weitere Verdopplung befürchtet: Allein im Juni wurden 9000 neue Asylgesuche gezählt – nie seit dem Zweiten Weltkrieg hatten so viele Flüchtlinge in so kurzer Zeit Einlass begehrt. Angesichts des Zustroms mussten auch Truppenunterkünfte als Aufnahmezentren eingerichtet werden. Zur Betreuung wurden auch Armeedetachemente eingesetzt. Die Schweiz war für kosovarische Flüchtlinge besonders attraktiv, weil sich hier bereits an die 200 000 Landsleute als Gastarbeiter aufhielten; außerdem schoben EU-Länder wie Italien die ungebetenen Gäste in die Schweiz weiter. Nach dem Ende des Krieges entspannte sich die Situation rasch – zumal Bundesrätin Metzler und die Kantone klarmachten, dass sie die vorübergehend aufgenommenen Kriegsflüchtlinge möglichst rasch in ihre Heimat zurückführen wollten. Mehrere zehntausend Kosovaren machten von der Rückkehrshilfe des Bundes Gebrauch; lediglich rund 10 000 erklärten sich bis zum Stichtag des 31. Mai 2000 nicht zur freiwilligen Heimkehr bereit.

Bereits während des Kosovo-Konflikts engagierte sich die Schweiz aktiv in der Kriegsregion. Zuerst entsandte der Bundesrat ein Detachement mit Superpuma-Helikoptern nach Albanien, um im Verbund mit Nato-Einheiten Transporte zugunsten der Geflüchteten auszuführen. Nach dem Einmarsch

von Nato-Truppen stellte unser Land eine Kompanie von Freiwilligen zur Verfügung, die in Kosovo Assistenzdienste leisten. Dass diese Truppe unbewaffnet war und damit ihren Schutz nicht selber gewährleisten konnte, bewog den Bundesrat, dem Parlament eine Militärgesetz-Revision vorzuschlagen, die bei künftigen Auslandeinsätzen eine für den Selbstschutz angemessene Bewaffnung erlauben würde. Diese Vorlage stiess jedoch bei der SVP auf Widerstand; ihre Kritik richtete sich nicht so sehr gegen die Bewaffnung als vielmehr gegen Auslandeinsätze der Armee an sich. Auch die armeekritische äusserste Linke kündigte an, sich an einem Referendum beteiligen zu wollen.

SVP-Triumph bei Wahlen

Wie schon vier Jahre zuvor bestimmte die SVP den Nationalrats-Wahlkampf 1999. Besser als alle andern Parteien verstand sie es, aktiv Themen zu besetzen – so sammelte sie insbesondere mit der Asylfrage, der Ausländerkriminalität und dem Ruf nach Steuersenkungen Punkte. Mit 22,5% (1995: 14,9%) avancierte die SVP zur stärksten Kraft im bürgerlichen Lager und zog mit der SP gleich. Während die SP bei den Nationalratssitzen von 54 auf 51 zurückfiel, steigerte die SVP ihre Mandatszahl von 29 auf 44. Glimpflicher als erwartet kamen CVP und FDP weg: Mit 43 Sitzen im Nationalrat und 18 im Ständerat blieb die FDP die stärkste



Die SVP – im Bild Parteipräsident Ueli Maurer – war die grosse Siegerin der Nationalratswahlen vom 24. Oktober 1999.

Fraktion, während die CVP gesamthaft nur einen Sitz hinter der SVP zu liegen kam. Unter die Räder gerieten die Kleinparteien rechts aussen und in der Mitte: Die Freiheitspartei verschwand ganz aus dem Parlament; der Landesring löste sich wenige Wochen nach dem Wahldebakel auf. Grüne, Liberale, EVP und PdA vermochten ihre Sitzzahlen knapp zu behaupten.

Aus ihrem sensationellen Wahlergebnis leiteten die SVP-Strategen einen «Wählerauftrag» ab, die Zusammensetzung des Bundesrates zu ändern. Ihr Anspruch auf einen zweiten Sitz in der Landesregierung richtete sich zunächst gegen die CVP; als diese Forderung bei den andern Parteien kein Gehör fand, wagte sie mit Christoph Blocher einen

Frontalangriff gegen die SP-Präsenz im Bundesrat – und verlor bei der Erneuerungswahl am 15. Dezember spektakulär: Während alle sieben bisherigen Bundesratsmitglieder im Amt bestätigt wurden – Adolf Ogi mit herausragenden 191 Stimmen –, kam Blocher bloss auf 58 Stimmen.

Parteizeit

Bereits am Wahlabend des 20. Oktober 1999, als erste Hochrechnungen ein mögliches Debakel der Sozialdemokraten anzeigen, deutete SP-Präsidentin Ursula Koch die Bereitschaft zum Rücktritt an. Obschon die SP stärkste Partei blieb, geriet Koch parteiintern unter Druck. Vorgeworfen wurden ihr nicht

nur Kommunikations-Unfähigkeit und ein selbstherrlicher Stil, der andersdenkende Köpfe innerhalb der Partei ausgrenzte, sondern auch eine immer offenkundigere Schwäche, sozialdemokratische Themen gegen aussen zu vertreten. Front gegen sie machten nicht nur ehemalige Parteipräsidenten wie Helmut Hubacher und Peter Bodenmann, sondern auch Generalsekretär Jean-François Steiert und die Präsidentin der SP-Frauen, Jacqueline Fehr. Nach einer Geschäftsleitungssitzung im Februar eskalierte die Krise. Koch vermochte sich im Parteivorstand zwar noch einmal durchzusetzen; die Forderung der Kritiker nach einem vorgezogenen Parteitag wurde abgewiesen und ein dreiköpfiger Ausschuss mit Bundesrätin Ruth Dreifuss, Fraktionschef Franco Cavalli sowie Ständerätin Christiane Brunner zur Überarbeitung der veralteten Parteistrukturen eingesetzt. Anfang April warf Koch überraschend das Handtuch und gab gleichzeitig ihren Rücktritt aus dem Nationalrat bekannt.

Auch die SVP geriet in turbulente Gewässer. Aus den Nationalratswahlen war der radikal politisierende Zürcher Flügel um Christoph Blocher gestärkt hervorgegangen. Vom Erfolg beflügelt schickte sich die Partei umgehend an, neue Themen wie die Sanierung der Sozialwerke aufzugreifen. Mit unausgegorenen Thesen zur Zukunft der AHV – beispielsweise über eine allfällige Privatisierung der Sozialversi-

cherung – sorgte sie indessen auch innerhalb der eigenen Reihen für Aufregung. Den Bogen überspannte Blocher mit einem Pamphlet, das er schweizweit in einer Auflage von 3,6 Millionen an alle Haushalte verteilen liess. Darin unterstellte der Zürcher den Sozialdemokraten anhand fragwürdiger historischer Zitate eine Nähe zum Faschismus. Als sich die SVP-Spitze nicht umgehend entschuldigte, kündigte die SP alle offiziellen Kontakte mit der SVP auf. Auch innerhalb der SVP kam es zum «Aufstand»: Nationalrätin Lisbeth Fehr bezichtigte die Zürcher Parteileitung «totalitärer Tendenzen»; auch weitere prominente SVP-Exponenten wie die Berner Ulrich Zimmerli, Samuel Schmid und Ursula Haller distanzierten sich öffentlich vom Blocher-Stil.

Auch im Bundesrat kam es wiederholt zu Auseinandersetzungen: Sozialministerin Ruth Dreifuss drang mit ihren Vorstellungen zur 11. AHV-Revision nicht durch; ihre Forderung nach einer flexiblen Altersrücktritts-Regelung zwischen 62 und 65 Jahren wurde wegen der damit verbundenen Zusatzkosten abgewiesen. Energieminister Moritz Leuenberger scheiterte mit dem Ansinnen, verbindliche Termine für den Ausstieg aus der Kernenergie festzulegen. Adolf Ogis Vorstellungen über die Grösse der Armee XXI stiessen bei Volkswirtschaftsminister Pascal Couchepin auf Widerstand, und Couchepin hinderte seinen Kollegen Deiss daran, den

Bundesrat auf einen verbindlichen Fahrplan Richtung EU-Beitritt festzulegen. Ungeachtet dieser Differenzen hinterliess das Bundesrats-Gremium mit seinen neuen Mitgliedern Ruth Metzler und Joseph Deiss im Berichtsjahr einen stärkeren Eindruck als in früheren Jahren.

Turbulenzen um die Expo

Dass sich unser Land mit Visionen schwer tut, hat Tradition. Auch das Expo.01-Projekt geriet in Turbulenzen – nicht so sehr wegen künstlerischer Defizite, als vor allem wegen Finanz- und Management-Problemen. Sie erreichten einen Höhepunkt mit dem unfreiwilligen Abgang der Generaldirektorin Jacqueline Fendt. Anfang Oktober beschloss der Bundesrat eine Verschiebung der Expo um ein Jahr. Das bisher federführende «Comité Stratégique» trat ins zweite Glied zurück und übergab die oberste Leitungskompetenz einem «Comité Directeur» unter Franz Steinegger. Obschon die finanziellen Auflagen des Bundes in der gesetzten Frist nicht ganz erfüllt werden konnten, gaben Bundesrat und Parlament grünes Licht für einen Nachtragskredit von 250 Millionen und eine Defizitgarantie von 338 Millionen Franken. Damit rollte der Expo-Zug endlich auf sicheren Geleisen. Falls nicht unvorhergesehene neue Hindernisse auftauchen, wird die Expo.02 programmgemäß im Mai 2002 ihre Tore öffnen können.